

Norman Paech: Zionismus in der arabischen Welt.

Wer sich ernsthaft mit dem Islamismus auseinandersetzt, kommt nicht darum herum, sich auch mit dem Zionismus auseinanderzusetzen. Der Anspruch, einen religiös fundierten Judenstaat in Nahost zu errichten und seine Grenzen Zug um Zug auf Kosten der dort lebenden Palästinenser zu erweitern, kann nicht auf das Verständnis der Araber zählen, deren Rechtsbewusstsein so nachhaltig verletzt wird. Da auch die Großmächte und die UNO, die Israels Existenz garantieren, den Verdrängten keine Perspektive bieten, wächst angesichts eines militärisch hochgerüsteten, über Atomwaffen verfügenden und zudem die Resolutionen der UNO permanent missachtenden Israel ein islamischer Fundamentalismus heran, der in seiner politischen wie militärischen Ohnmacht dann zur Gewalt aus Verzweiflung greift. Dieser Teufelskreis ist nicht ohne die bedingungslose Unterstützung des Zionismus durch den christlichen Fundamentalismus des Georg W. Bush zu verstehen, der seinen „Krieg gegen den Terror“ auch als „Kreuzzug gegen den Islam“ begreift. Dass hinter allem jedoch auch der weltweite Kampf um Hegemonie und die Ressourcen dieser Region steht, sollte nicht vergessen werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit dem Zionismus in den jüngsten Auseinandersetzungen um die Politik Israels und die Zukunft Palästinas ins Gerede gebracht worden. Wird sie mit dem Antizionismus identifiziert, gerät sie bei den simpleren aber um so lauter lärmenden Geistern schnell zum Spiegelbild des Antisemitismus. Damit haben sie die Kritik dort, wo sie sie ohne weitere Begründung entlegitimiert und aus der rationalen Diskussion ausgrenzen können. Denn das ist die einzige Funktion ihres Antisemitismusvorwurfes, die Kritik zu tabuisieren. In dieser Zwickmühle von Antizionismus und Antisemitismus ist jedes Argument sinnlos.

Doch warum geht es? Weder um das Eine noch das Andere! Es geht um die Kritik an der Politik der israelischen Regierungen gegenüber den Palästinensern – und diese Kritik ist noch kein Antizionismus, der sich als grundsätzliche Ablehnung der zionistischen Ideologie versteht. Wer jedoch die Kritik nicht verbieten will – und die israelische Friedensbewegung fordert uns zur Kritik immer wieder ausdrücklich auf -, kann den Zionismus nicht aussparen: die Gründungs- und Staatsrason der jüdischen Gesellschaft und das ideologische Beet aller israelischen Politik, in dem sie immer noch fest verwurzelt ist.

Wenden wir also noch einmal den Blick zurück auf die Anfänge der Staatswerdung und die sie treibende zionistische Ideologie. Die Gründung eines eigenen „Judenstaats“ oder wie es in Anlehnung an die Balfour-Deklaration in dem „Basler Programm“ von 1897 hieß, „*die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina*“ war das Wesen und Ziel dieser neuen Ideologie. Dies war nicht ohne die Aneignung palästinensischen Landes und Verdrängung der arabischen Bevölkerung möglich. Das war vor allem dem Wortführer des Zionismus Theodor Herzl bewusst, der in seinen Tagebüchern davon sprach, dass man sich zunächst in zureichender Weise den Grundbesitz der arabischen Bevölkerung beschaffen müsse. In der Öffentlichkeit wurde diese Notwendigkeit jedoch verdrängt und durch den berühmten Satz von Israel Zangwill ersetzt: „*Gebt das Land ohne Volk einem Volk ohne Land*“.<sup>1</sup> Es wurden in dieser Zeit genug Warnungen vor der Missachtung der Araber und ihrer Behandlung als Barbaren erhoben. Herzl selbst warnte in seiner Schrift „Alteuland“ vor einer Privilegierung der Juden: „*Wir stehen auf den Schultern anderer zivilisierter Völker... Was wir besitzen, verdanken wir dem vorbereitenden Werk anderer Völker. Dafür haben wir*

---

<sup>1</sup> Israel Zangwill, The Return to Palestine, in: New Liberal Review, Dezember 1901.

*unsere Schulden zurückzuzahlen. Es gibt nur einen Weg dafür: Die größtmögliche Toleranz.*<sup>2</sup> Doch bereits im „Judenstaat“ prägte Herzl eine Legitimation, die unausgesprochen bis heute als Subtext der westlichen Nah-Ost-Politik immer wieder anzufinden ist: *„Für Europa würden wir da unten (in Palästina, N.P.) ein Stück des Schutzwalles gegen Asien formen; wir wären der Vorposten der Zivilisation gegen das Barbarentum.*“<sup>3</sup>

Der zentrale Punkt in der israelisch-arabischen Auseinandersetzung war – und ist es auch heute noch –, dass der Zionismus und das Projekt des jüdischen Staates ausschließlich westliche, europäische Wurzeln haben. Ob es sich um den politischen oder religiösen Zionismus handelt, ob er von Juden europäischen, afrikanischen oder asiatischen Ursprungs vertreten wird, er ist eine zutiefst europäische Ideologie. Und damit sind auch seine kolonialistischen Züge unübersehbar – die allerdings gab es auch in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg.

Für lange Zeit hatte der Zionismus überhaupt die arabische Frage ignoriert und sich von Zangwill's Satz leiten lassen. Der koloniale Hintergrund des Zionismus wurde bei jedem Schritt seiner politischen Umsetzung sichtbar und drängte sich insbesondere in den Aktionen der Siedler schon frühzeitig in den Vordergrund.<sup>4</sup> Ganz unabhängig von allen biblischen oder mythischen Begründungen des jüdischen Siedlungsrechts, war es die Konfrontation zwischen europäischer Zivilisationsideologie und arabischer Realität, die die klassische Kolonialsituation von Diskriminierung und Gewalt hervorrief. Für die arabische Bevölkerung hat Israel nie seine koloniale Bestimmung abgelegt. Sendungsbewusstsein, Siedlungsaktivitäten und Staatsgründung führten zwangsläufig zu den Widersprüchen, die Maxime Rodinson von der Pariser Sorbonne so umriss: *„Der Wunsch, einen rein jüdischen oder vorwiegend jüdischen Staat in einem arabischen Palästina im zwanzigsten Jahrhundert zu schaffen, konnte zu nichts anderem als zu einer kolonial-typischen Situation und der ... Entwicklung eines rassistischen Bewusstseins und in letzter Konsequenz zu einer militärischen Konfrontation führen.*“<sup>5</sup>

Diese Vorposten-Ideologie ist nur einer der Gründe dafür, dass Israel nie die Feindschaft seiner Nachbarn in ein friedliches Nebeneinander verwandeln konnte, vielleicht nicht einmal wollte. Die arabische Seite war allerdings auch nicht geneigt, den Eindringlingen ihrerseits ohne weiteres Freundschaft entgegenzubringen. Denn hinzu kam ein anderes durchgängiges Element des Zionismus: die Diskriminierung und Missachtung der arabischen Bevölkerung. Sie war schon in Herzls Konzept durch das Verbot arabischer Arbeit und die Untersagung des Kaufs des von Juden erworbenen Landes angelegt und wurde z.B. von David Hacoheh, dem Führer der späteren Arbeitspartei, als Element des jüdischen Sozialismus heftig verteidigt. Die ganze Widersprüchlichkeit der zionistischen Existenz kam in der Person eines der Wortführer und seit 1907 Leiter des Palästina Büros der zionistischen Weltorganisation, Arthur Ruppin, zum Ausdruck. Er verneinte einerseits jedweden Herrschaftsanspruch der Juden in Palästina und trat dafür ein, dass alle Bewohner *„Seite an Seite als zwei gleichberechtigte Volksgruppen leben können“*, andererseits propagierte er entschieden eine *„geschlossene jüdische Wirtschaft“*, in der *„Konsumenten, Zwischenhändler und Produzenten allesamt*

---

<sup>2</sup> Theodor Herzl, Altneuland, zit. Nach Rolf Verleger, Israels Irrweg Eine jüdische Sicht, Köln 2008, S. 46.

<sup>3</sup> Theodor Herzl, Der Judenstaat, Wien 1923, S. 45.

<sup>4</sup> Vgl. Walter Hollstein, Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästinakonfliktes, Berlin 1984. „Die zionistische Kolonisation von 1882 – 1918, S. 75 ff.

<sup>5</sup> Maxime Rodinson, Der Zionismus – theoretischer Abriss einer Ideologie, in: Adnan Amad u.a., Nahostkrise, Strukturen, Probleme, Lösungen, Basel 1976, S. 63 ff.

*jüdisch sein müssen. Unsere Taktik der Kolonisierung in Palästina muss durch dieses Ziel bestimmt sein.*<sup>6</sup>

Es fehlte nicht an öffentlichen Erklärungen, die ein „*Zusammenleben des jüdischen und arabischen Volkes in Freundschaft und gegenseitigem Respekt*“ (XII. Zionisten-Kongress 1921 in Karlsbad) „*Schulter an Schulter*“ (Chaim Weizmann 1918 in Jaffa) befürworteten. Doch die Realität der Kolonisierung sah anders aus. Sie entsprach eher den Forderungen von Wladimir Zeev Jobotinsky, „*die jüdische Ethik (zu) militarisieren, [...] die arabischen Mitbewohner (zu) unterjochen und die Grenzen des künftigen Judenstaates über den Jordan hinaus(zu)rücken: Von der freiwilligen Versöhnung (mit den Arabern) [...] kann keine Rede sein.*“<sup>7</sup> Schon hier zeigten sich zwei weitere wesentliche Züge der Politik, die neben ihrer offensichtlichen taktischen Doppeldeutigkeit die Strategie der Zionisten beherrschten und Araber wie Briten gleichermaßen erschreckten: die expansionistischen Ansprüche, die weit auf libanesisches, jordanisches und syrisches Territorium übergriffen und ein Erez Israel im Blick hatten, das „*vom Flusse Ägyptens bis zum Euphrat*“ reichte, wie es Herzl in seinen Tagebüchern schrieb. Gleichzeitig verfolgten sie eine Kolonisationspraxis der vollendeten Tatsachen, die mit massenhafter und teilweiser illegaler Immigration, mit Landkäufen, dem Aufbau einer Armee und einer jüdischen Infrastruktur schon lange vor der Staatsgründung die Trennung zwischen arabischer und jüdischer Gesellschaft forcierte. Jabotinsky, Gründer der Weltunion der Zionistischen Revisionisten und Oberkommandierender der Terrororganisation Irgun bis sein Schüler Menachem Begin 1944 die Führung übernahm, hat die Notwendigkeit des brutalen Kolonisierungsprozesses schonungslos in seinem Buch „*The Iron Wall – We and the Arabs*“ 1923 beschrieben: „*Die zionistische Kolonisation, selbst die zurückhaltendste, muss entweder beendet oder unter Missachtung des Willens der eingeborenen Bevölkerung durchgeführt werden. Diese Kolonisation kann sich deshalb nur unter dem Schutz einer Gewalt fortentwickeln, die von der lokalen Bevölkerung unabhängig ist – eine eiserne Mauer, durch die die eingeborene Bevölkerung nicht durchbrechen kann. Dies ist im Ganzen unsere Politik gegenüber den Arabern. Es anders zu formulieren wäre scheinheilig.*“<sup>8</sup>

In der zionistischen Bewegung selbst wurde seinerzeit Jabotinsky's Denken als faschistisch kritisiert. Doch angesichts der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus verstummte die innerzionistische Diskussion. Auch für die nichtzionistischen Jüdinnen und Juden wurde die „Heimstatt“ in Palästina zur einzig rettenden Lösung wie auch heute noch die eigene Staatlichkeit, der jüdische Staat Israel, von vielen als einzig wirksamer Schutz vor der Wiederholung des Holocaust angesehen wird. Was in der Gründungszeit des Zionismus „Zion“ als Zufluchtsort vor Unterdrückung und Verfolgung bedeutete, bestätigte keine 50 Jahre später die Geschichte des deutschen und europäischen Faschismus auf grausame Weise.

Ben Gurion, der aus seinen großisraelischen Visionen nie einen Hehl gemacht hatte, konnte auf dem XXII. Zionisten-Kongress in Basel 1946 seinen Vorschlag zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat durchsetzen. Der Plan wurde dann ein Jahr später durch die Großmächte in der UNO mit der berühmten Resolution 181 verwirklicht. Als erster Ministerpräsident des neuen Staates war er der prominenteste Verfechter eines Groß-Israel, wie es nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, spätestens aber nach dem Rechtsruck unter Begin und Shamir in den siebziger Jahren zur Leitlinie der offiziellen Politik wurde.

---

<sup>6</sup> Arthur Ruppin auf dem XVI. Zionistenkongress in Zürich 1929, zit. nach Walter Hollstein, a.a.O., S. 40.

<sup>7</sup> Wladimir Jabotinsky, zit. nach: Juden und Araber: Mächtige Legende, in: Der Spiegel, No. 48, 1967.

<sup>8</sup> <http://www.marxists.de/middleeast/ironwall/ironwall.htm>, eigene Übersetzung.

Die einseitige Staatsgründung im Mai 1948 bildete trotz der sofortigen Unterstützung durch die Großmächte und die UNO, die Niederlage der arabischen Armeen und der Flucht von über 700 000 vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser nicht den Schlusspunkt des zionistischen Projektes. Ein jüdischer Staat war entstanden, der für Juden aus aller Welt Rettung, Fluchtpunkt und neue Heimat sein konnte. Er musste nur seinen Frieden mit den arabischen Nachbarn finden. Dass ihm dies dennoch nicht gelang, lag daran, dass die Vertreter jenes Zionismus die politische Führung seit Ben Gurion übernommen hatten, die der Expansion über die Grenzen von 1948 hinaus absoluten Vorrang vor der Integration gaben. Sie wurden dabei bedingungslos durch die USA aber auch von den europäischen Staaten unterstützt. Nur so konnten nach dem Sieg 1967 alle nachfolgenden Regierungen bis Ehud Olmert ihren zionistischen Traum von Erez Israel mittels Siedlungsbau, Landraub, Annexion und Mauerbau verfolgen. Sie verzichteten sogar auf eine geschriebene Verfassung, da in ihr hätte definiert werden müssen, wer denn „jüdischer Bürger“ ist, und die Ausgrenzung der arabischen Mitbürger zu Bürgern zweiter Klasse das demokratische Kleid Israels zu sehr zerschlagen hätte. Denn, worauf Israel Shahak in seinem Buch „Jewish History, Jewish Religion – The Weight of Three Thousand Years, London 1994, detailliert hinweist, Israels Gesetze diskriminieren Nichtjuden auf drei grundlegenden Gebieten: im Aufenthalts- und Wohnrecht, im Arbeitsrecht und beim Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz. Was Edward Said mit dem Satz kommentiert: „Angesichts solcher Gesetze wird es unmöglich, von Frieden zwischen Israel und den Palästinensern zu reden.“<sup>9</sup>

Maxime Rodinson hat in seinem oben zitierten Satz nicht gesagt, dass der Zionismus ein Rassismus sei, aber er sagt, dass er ein „rassistisches Bewusstsein“ hervorbringe. Dieses ist ein feiner Unterschied. Mögen auch viele zionistische Führer nicht von der Überlegenheit der Juden gesprochen haben, sie traten jedoch für einen Staat ein, in dem die Juden unausweichlich in einer privilegierten Position waren. Als dann dieser Staat daran ging, sich neue Grenzen eines „Groß-Israel“ zu schaffen und alles darauf hindeutete, dass er sich diese Gebiete, die er nie als „besetzte“ sondern nur als „befreite“ bezeichnete, endgültig einverleiben wollte, entlud sich die Ohnmacht des Protestes in der berüchtigten Resolution der UN-Vollversammlung vom November 1975, die den Zionismus als eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung verurteilte.

Die Resolution war zweifellos politisch nicht sonderlich klug, sie war sogar konterproduktiv, da sie die Haltung Israels und ihrer stärksten Unterstützer nur verhärtete. Sie mag manchem arabischen oder europäischen Kritiker Israels Genugtuung verschafft haben, aber sie war ohne Perspektive und Lösungsansatz. Sie war der verbale Ersatz für die tatsächliche politische Ohnmacht der UNO. Insofern konnte man es als Zeichen eines neuen politischen Versuchs deuten, als mit der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel nach dem zweiten Golfkrieg und der Eröffnung der Madrid-Konferenz unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion die Zionismus-Resolution im Dezember 1991 wieder zurückgenommen wurde. Aber die Rücknahme der Resolution hat den Friedensbemühungen keine neue Dynamik verleihen können. Ja, sie hat nicht einmal verhindert, dass auch alle weiteren Versuche, den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen, bis heute gescheitert sind.

Wenn sich die Vermittlungen der USA, Russlands und der Europäer weiterhin als untauglich herausstellen – die geplante Fortführung der Annapolis-Konferenz in Moskau wird laut Außenminister Lawrow von der israelischen Regierung abgelehnt - wird es eine weitere Eskalation von Gewalt und Terror geben. Die Weigerung der israelischen Regierung, den

---

<sup>9</sup> Edward Said, Nüchterne Wahrheiten über Israel und den Zionismus, 1995, in: E. W. Said, Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina, Heidelberg 1997, S. 217.

Mahnungen der UNO und den Forderungen des Völkerrechts zu folgen, mag zu Zeiten Golda Meirs aus der Angst um die staatliche Existenz in einer feindlichen Umwelt verständlich gewesen sein – heute entbehrt diese Angst jeder Grundlage. Nicht allein die militärische Überlegenheit Israels in der Region, vor allem die Garantien der Großmächte sichern die Existenz Israels gegenüber jedweder äußerer Bedrohung. Es sind deshalb kaum die Raketen vom Gazastreifen, die Weigerung der Hamas, das Existenzrecht Israels vor Klärung der Grenzen anzuerkennen, und die Forderungen der Palästinenser nach einem eigenen Staat noch die finsternen Botschaften eines Ahmadinedschad, die die Gefahr für die Existenz Israels ausmachen. Es ist die Fortdauer der Besatzung, die sich wie ein Gefängnis um die Palästinenserinnen und Palästinenser schließt. Die Gefahr kommt von innen, weniger von außen, selbst wenn nicht zu bestreiten ist, dass die Raketen die Konfrontation verschärfen und den Friedensprozess gefährden.

Was haben die Aufstände der Palästinenserinnen und Palästinenser gegen die Besatzung, die zahllosen Verurteilungen der israelischen Politik durch die UNO einerseits, die Anerkennung Israels durch die PLO im Jahre 1993 und die unverbrüchlichen Sicherheitsgarantien der Großmächte andererseits gebracht, um Israel aus seiner Fixierung auf die Bedrohung zu lösen und auf die expansive und aggressive Strömung im Zionismus zu verzichten? Am 60. Jahrestag der Gründung Israels mussten sich alle Kräfte in den besetzten Gebieten und im Gazastreifen, ob Fatah, Hamas oder eine der anderen politischen Gruppierungen eingestehen: nichts. Schlimmer noch, dort wo die jüdischen Siedler sich zurückgezogen haben, im Gazastreifen, sind die Lebensbedingungen für die Palästinenserinnen und Palästinenser auf Grund der Blockade schlechter als je zuvor.

Die ständigen Berichte des UN-Menschenrechtsrats sowie zahlreicher internationaler Nichtregierungsorganisationen über schwere und massive Verletzungen der Menschenrechte in den besetzten Gebieten und im Gazastreifen durch Israel geben deutliche Hinweise auf die Gründe der andauernden Gewalt. Die israelische Regierung muss einsehen, dass sich die territoriale Mission des Zionismus mit der Gründung des Staates Israel in den anerkannten Grenzen von 1967 erfüllt hat und die Fortsetzung des Siedlungsbaus und die Enteignung palästinensischen Bodens nicht nur die Versprechen von Oslo und Annapolis Lügen strafen, sondern die eigenen Festen dieses jüdischen Staates unterminieren. Auf dem jetzt noch verbliebenen Raum ist ein palästinensischer Staat schon nicht mehr zu errichten. 40 Jahre widerrechtlicher Siedlungspolitik im Namen des Zionismus führen genau dorthin, wohin die Zionisten nicht wollen: zu einem einzigen Staat mit jüdisch-arabischer Bevölkerung. Wer einen jüdischen Staat wirklich will, muss einsehen, dass dieser nicht mit dem Stiefel auf dem Nacken des Nachbarn einzurichten ist.